

Handys werden aus den Schulen verbannt, die Medienkompetenz soll ausgebaut werden. Wie weit Österreichs Schulen sind.

HILDE MAYER

WIEN. Nicht smart, sondern vielmehr „Konzentrationskiller“: Bildungsminister Christoph Wiederkehr verbannt die Handys mit Anfang Mai aus den Schulen. Weniger digital soll das Bildungswesen damit nicht werden – ganz im Gegenteil. Das „digitale Lernen“ soll gefördert, Medienkompetenzen ausgebaut werden, so ist es auch im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und Neos verankert. Dafür kündigte der Minister unter anderem an, das bestehende Schulfach „Digitale Grundbildung“ weiterzuentwickeln und für das Lehrpersonal verstärkt Schulungen in digitaler Mediendidaktik sowie zusätzliche digitale Unterrichtsmaterialien anzubieten.

Dringend notwendig scheinen diese Schritte zu sein, wenn man auf die aktuelle Datenlage blickt. Wie eine EU-Studie vom Ende des vergangenen Jahres zeigt, hat ein Drittel der 14-Jährigen nur geringe digitale Kompetenzen. Das heißt auch, dass sie die Vertrauenswürdigkeit von Medien nicht ausreichend einschätzen können. Dabei ist Österreich spätestens seit dem Corona-Lockdown darum bemüht, das Digitale verstärkt in die Schulen zu bringen. Mit dem Ende des ersten Lockdowns hatte die Regierung einen 8-Punkte-Plan für die digitale Schule präsentiert. Der wohl bekannteste Punkt daraus ist die Ausgabe digitaler Endgeräte an die Schülerinnen und Schüler der fünften Schulstufe. Der Einfluss der Maßnahme auf die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler blieb bislang zwar unklar, wie der Rechnungshof im September in einem Bericht monierte.

Grundsätzlich sei man in Österreich dennoch auf „einem sehr guten Weg“, schätzt Bildungspsychologin Christine Trültzsch-Wijnen, Hochschulprofessorin für Medienpädagogik an der PH Salzburg Stefan Zweig, die Situation ein. Die Einführung des Unterrichts in digitaler Grundbildung, der nun noch weiterentwickelt werden soll, sei bereits ein wichtiger Schritt gewesen.



BILD: SN/AMÉLIE MOURCHONUNSPASH

Darauf dürfe man sich aber nicht ausruhen: „Medienkompetenz muss Teil des Schulalltags werden.“ Die Verpflichtung, die Medienerziehung in jedes Unterrichtsfach miteinfließen zu lassen, bestehe eigentlich schon seit 2001. Wie viel Platz die Förderung von Medienkompetenz im Unterricht aber tatsächlich hat, hänge aber noch immer auch stark von der Lehrperson ab, so Trültzsch-Wijnen. Dabei sei das Angebot an Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen bereits groß. Viele junge Lehrkräfte würden mit Ideen von den Universitäten kommen. „Für die Lehrkräfte sollte die Auseinandersetzung mit digitalen Medien eine Unterstützung und keine zusätzliche Belastung sein“, betont die Medienpädagogin.

Im Bereich der Medienbildung galten die skandinavischen Länder lange Zeit als Vorbild für die digitale Schule. Schweden ruderte 2023 dann zurück, kündigte an, Laptops und Tablets (zumindest teilweise) wieder gegen Schulbücher eintauschen zu wollen. Die Begründung: Es sei zu viel zu schnell digitalisiert worden. Für Trültzsch-Wijnen ist das grundsätzlich kein Zeichen, das gegen den Einsatz digitaler Lerninhalte in der Schule spricht. Im Gegenteil. Es sei „zu einfach gedacht“, die digitale Welt einfach aus der Schule auszuklammern. Schließlich würden die Schülerinnen und Schüler digitale Technologien auch zu Hause nutzen. „Gerade die, die in der Familie keine Unterstützung haben, müssen in der Schule in Sachen Medienkompetenz an die Hand genommen werden.“ Keine

Lösung sei es allerdings, bereits bestehende analoge Inhalte einfach zu digitalisieren. „Es reicht nicht, Medien einfach nur einzusetzen. Es braucht die kritische Auseinandersetzung.“ Jeder Medieneinsatz in der Schule müsse didaktisch begründet sein: „Digital ist nicht automatisch besser“, so Trültzsch-Wijnen. Die neue Regierung setzt jedenfalls auf digitale Inhalte. Das Angebot an digitalen Schulbüchern und Lern-Apps soll ausgebaut werden. Auch ein Ressourcenpaket für digitale interaktive Lernprogramme soll zur Verfügung gestellt werden. Solche Lernprogramme gibt es be-



„Digital nicht automatisch besser.“

C. Trültzsch-Wijnen, Medienpädagogin

reits, eines von ihnen hat seinen Ursprung in Salzburg. Das interaktive Schulbuch SchuBu ist aus persönlicher Betroffenheit heraus entstanden, als die Tochter des späteren Geschäftsführers von SchuBu, Hagen Wieshofer, in der Schule ein digitales Whiteboard entdeckte, nur um später enttäuscht festzustellen, dass die digitale Technologie kaum im Unterricht genutzt wurde. Dieses Erlebnis führte dazu, dass Wieshofer zusammen mit einer Gruppe von Freunden begann, digitale Schulbücher zu entwickeln, wie einer dieser Mitgründer, Paul Beyer-Klinkosch, im SN-Gespräch erzählt. „Wir geben sehr viel Geld für Endgeräte aus, können diese im

Unterricht aber nicht nutzen, weil die passenden Inhalte fehlen.“ Teilweise hätten Lehrpersonen so in der Vergangenheit auf ausländische Anwendungen zurückgreifen müssen, die datenschutzrechtlich nicht immer unbedenklich sind. Die Freundesgruppe nahm die Sache also selbst in die Hand. Aufgrund des positiven Feedbacks der Lehrerinnen und Lehrer an den ersten Schulen, an denen sie ihre digitalen Lernprogramme präsentierten, begannen sie, eine Reihe von Unterrichtsinhalten zu erstellen und weitere Standorte anzusprechen.

Auch aufgrund des ersten Corona-Lockdowns habe sich SchuBu dann schnell herumgesprochen, sagt Beyer-Klinkosch. An 45 Pilot-schulen wurde die Plattform damals eingesetzt. Inzwischen verzeichnet SchuBu mehr als 60.000 Nutzerinnen und Nutzer und rund 1,8 Millionen Besuche von Schülern und Lehrpersonen pro Monat. Auch an Salzburger Schulstandorten wird das Angebot genutzt. Die Salzburger Landesregierung hat für alle siebzig Mittelschulen die Lizenzen für die Version SchuBU+ erworben. Die Benutzung stehe den einzelnen Schulstandorten grundsätzlich frei, heißt es aus dem Büro der zuständigen Landesrätin Daniela Gutschi (ÖVP). Auch das Office-Paket und Plattformen wie eduvidual und Skooly stünden den Salzburger Schülerinnen und Schülern an ausgewählten Pilotstandorten zur Verfügung. Trotzdem sei es aber wichtig, dass die Anteile von digitalem und analogem Lernen weiterhin ausgeglichen sind, betont man beim Land.

Im Fokus des Angebots von SchuBu steht das spielerische Lernen. Schüler können nicht nur Texte lesen, sondern auch Spiele und Rätselaufgaben lösen. „Der Spaß beim Lernen darf nicht zu kurz kommen“, betont Paul Beyer-Klinkosch. „Wir versuchen, Kindern beizubringen, dass Lernen erfreulich sein kann.“ In der Volksschule gelinge das in der Regel noch gut, „ab der Sekundarstufe 1 steigt dann bei vielen die Frustration“. Hier könnten digitale Lernmöglichkeiten helfen. „In den Schulen wirkt es immer noch so, als sei das Buch die oberste Norm der Wissenschaft.“ Das werde der Lebensrealität nicht mehr gerecht. Auch Christine Trültzsch-Wijnen betont die Bedeutung der medialen Bildung. Wenn Schüler aktiv mit neuen Medien arbeiten und eigene Inhalte erstellen, könnten sie diese auch kritischer hinterfragen. Das werde gerade in Zeiten, in denen sich Fake News mit wenigen Klicks im Internet verbreiten lassen, immer wichtiger.

Bezüglich der Auseinandersetzung mit Algorithmen auf Plattformen wie TikTok oder Instagram betont die Expertin: „Schüler müssen erkennen, dass es kein Zufall ist, welche Inhalte ihnen auf digitalen Plattformen angezeigt werden, wie einfach man in Filterblasen landet und was man dagegen unternehmen kann.“ Unterstützen könnten Lehrkräfte das auch bei der analogen Arbeit. Etwa damit, auf Arbeitsblätter oder in Powerpoint-Präsentationen Quellen zu nennen, um den Schülern den kritischen Umgang aufzuzeigen.

Der Wiener Wahlkampf haut die Sprache zamm

Die Wahlplakate zeigen: Die Deutschkenntnisse in Wien liegen wirklich arg im Argen.

Das größte Problem der Bundeshauptstadt sind, so hört man, die mangelnden Deutschkenntnisse ihrer Bewohner bzw. Insassen. Welche Ausmaße der verbale Notstand in Wien mittlerweile angenommen hat, lässt sich an den Plakaten für die bevorstehende Wiener Landtagswahl ablesen. „Raus auf die Straße statt heim am Herd“ ist da zum Beispiel auf einem klassen- und grammatikkämpferischen Plakat der KPÖ zu lesen. Heim am Herd. Echt jetzt? Nie im Schule gewesen?

Überaus kämpferisch im oben erwähnten Sinne formulieren auch die Wiener Grünen ihre Plakatsprüche. Einer von ihnen lautet: „Alle zamm statt starker Mann“. Ja, zamm. Hat der Urheber dieser Zeile noch alle seine Sinne beisammen, oder schlechter gesagt: bamm?

Jetzt wissen wir schon: Zusammen reimt sich nicht auf Mann. Der Spruch hätte also lauten müssen: Alle zusammen statt starker Mann. Mannen klingt jedoch irgendwie germanisch-altfränkisch, und das ist den Wiener

Grün-Wählern keinesfalls zumutbar. Daher zamm. Für den Plakatkonsumenten heißt es da halt die Zähne zammbeißen.

Noch dazu, da sich zamm ja eigentlich nicht auf Mann reimt. Zamm und Mann ist eindeutig ein sogenannter unsauberer Reim. Wobei man da in Wien gerne ein Auge zudrückt, wie der große Sprachkritiker Karl Kraus einst schmerzlich feststellen musste. Er tobte förmlich (und man weiß, er tobte gerne) über ein Wienerlied, das mit den Zeilen beginnt:

Du guada Hi-himmelvoda,
I brauch ka Paradies.
I bleib vü liaba doda,
Weil mei Wean für mi 's Himmelreich is.

Karl Kraus bezeichnete es als Zumutung, und zwar als eine unzumutbare Zumutung, in einer Stadt leben zu müssen, in der sich Vater auf hier reimt, und da kann man ihm nur zustimmen bzw. zimm, wie die Grünen sagen

würden. Lobend sei in diesem Zusammenhang bzw. Zammhang die Wiener FPÖ erwähnt, die ihre Plakatsprüche tadellos sauber reimt: „Polizeistationen statt Asylmillionen“ zum Beispiel. Das sitzt und passt und hat Luft. Der blaue Reimeschmied Herbert K. hat nach der erfolgreichen Abarbeitung seines Regierungsbildungsauftrages ja jetzt wieder viel Tagesfreizeit und Muße zum Reimen, was man ihm wirklich von Herzen gönnt.

Damit noch kurz zu SPÖ und ÖVP. Die Wiener SPÖ plakatiert ihren forsch in die Zukunft schreitenden Bürgermeister und schreibt darunter schlicht „Unser Bürgermeister“. Was gendermäßig schon irgendwie bedenklich ist. Müsste es nicht Bürgerinnen- und Bürgermeister heißen? Oder Bürgendenmeister?

Und die Wiener ÖVP wirbt mit dem Spruch „Wien bleibt Wien“. Was schon Karl Kraus als gefährliche Drohung bezeichnet hat.

PURGER
TORIUM

Alexander Purger

